

---

27.06.2016 - 09:21 Uhr

## **Schweiz soll Agenda 2030 konsequent umsetzen / Dem wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Ausgleich verpflichtet**

Luzern (ots) -

"Die Agenda 2030 fordert die Schweiz": Unter diesem Titel legt die Caritas ein Positionspapier vor, worin sie den Bund auffordert, die Nachhaltigkeitsziele konsequent umzusetzen. Die Nachhaltigkeitsziele der Agenda haben sowohl im Norden wie im Süden Gültigkeit. Insbesondere müssen Klimapolitik und Entwicklungspolitik zusammengeführt werden. Ebenso ist der Armutspolitik ein spezielles Augenmerk zu schenken.

Die Agenda 2030 zur nachhaltigen Entwicklung wurde am 25. September 2015 im Rahmen der Uno-Generalversammlung von der Schweiz unterzeichnet. Obwohl sie wegweisenden Charakter für eine weltweit kohärente Entwicklung hat, fallen die Bemühungen zu ihrer Umsetzung harzig aus. Deshalb formuliert die Caritas in ihrem neuesten Positionspapier acht Prioritäten für die Schweiz.

An erster Stelle steht die Forderung an Bundesrat und Parlament, die Nachhaltigkeitsziele der Agenda einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Es nützt wenig, ein Uno-Abkommen zu unterzeichnen, wenn die Politik und die breite Bevölkerung kaum davon wissen: "Wie bei anderen zentralen politischen Anliegen wie etwa im Gesundheits- und Umweltbereich, muss der Bundesrat eine aktive Kommunikation betreiben."

Im Norden CO2-Ausstoss verringern und im Süden Armut reduzieren

Eine entscheidende Priorität ist aus Sicht der Caritas die Zusammenführung von Klima- und Entwicklungspolitik. Die negativen Auswirkungen der Klimaveränderungen treffen bisher vor allem die Länder des Südens. Es fehlen ihnen jedoch die notwendigen Ressourcen, um Präventionsmassnahmen zu ergreifen und sich zu schützen. Für diese Klimaveränderungen trägt jedoch der industrialisierte Norden die Verantwortung: Acht Millionen Menschen in der Schweiz konsumieren gleich viel wie 800 Millionen Menschen in den ärmsten Ländern. Indem die Schweiz die Klimaziele, zu denen sie sich verpflichtet hat, zügig umsetzt, trägt sie dazu bei, dass die Armut im Süden verringert wird.

Die Gelder, die aus den Klima-Kompensationsmassnahmen in den Süden fliessen und die Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Klimafolgen unterstützen sollen, werden volumenmäßig bedeutsamer werden als die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit. Daher ist es notwendig, dass Entwicklungs- und Klimapolitik aufeinander abgestimmt werden. Die Klimagelder müssen entwicklungsfördernd investiert werden. Die Schweiz soll sich in den internationalen Gremien auch dafür einsetzen, dass die Gelder aus dem Klimafonds für die Armutsbekämpfung im Süden eingesetzt werden.

In Sachen Armutsbekämpfung ist auch die Schweiz gefordert

Die Agenda 2030 formuliert nicht nur Prioritäten zur Entwicklung des Südens. Sie fordert ebenso die Industrieländer auf, ihre eigenen Nachhaltigkeitsprobleme zu benennen und anzugehen. Dazu gehört auch die Armutspolitik: Armut ist nicht nur eine Sache der Entwicklungsländer. Auch die Schweiz hat sich der Armutspolitik im eigenen Land zu stellen.

Das Positionspapier der Caritas "Die Agenda 2030 fordert die Schweiz" kann heruntergeladen werden unter:  
[www.caritas.ch/positionspapiere](http://www.caritas.ch/positionspapiere)

Hinweis an die Redaktionen:

Für weitere Auskünfte steht Ihnen Odilo Noti, Leiter Bereich Kommunikation und Marketing, unter 079 686 87 43 zur Verfügung.